



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/264 - 15.11.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 690

Kiesingers Appell	S. 1
Gerhardsens Besuch in Moskau	S. 3
Die Furcht vor Zerin	S. 5
Die Politisierung im kirchlichen Raum	S. 7

Die deutsche Aufgabe

sp - Der Vorsitzende des Aussenpolitischen Ausschusses des Bundestages, der Abgeordnete Kiesinger, hat am Montag in Bonn erneut dazu aufgefordert, den Versuch zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu machen.

Bei aller Bereitschaft, einen solchen Appell sehr sorgfältig zu prüfen, ist doch vorab festzustellen, dass solche Aufforderungen von Seiten der Regierung und ihrer Parteien an die Opposition meist dann erfolgten, wenn die aussenpolitische Situation der Bundesregierung in einen Engpass geriet. Wenn man z.B. vor Unterzeichnung der Pariser Verträge die Warnungen der sozialdemokratischen Opposition berücksichtigt und an ihnen die eigenen Auffassungen ernsthaft überprüft hätte, dann wären ein weit günstigeres Klima für die Möglichkeit einer gemeinsamen Aussenpolitik und bessere Voraussetzungen für eine Wiedervereinigungspolitik geschaffen worden. So wenig die Regierung erwarten kann, dass eine gemeinsame Aussenpolitik in der Übernahme ihrer Vorstellungen durch die Opposition bestehen kann, so wenig erwartet auch die Opposition für diesen Fall, dass ausschliesslich ihre Auffassungen zur Richtlinie für eine solche gemeinsame Aussenpolitik gemacht werden.

Das wichtigste sozialdemokratische Bedenken gegen den bisherigen Kurs der Bonner Aussenpolitik war die Befürchtung, dass er in

letzter Konsequenz die sowjetische Haltung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung verhärtet werde. Diese Befürchtung ist in Genf bestätigt worden. Die SPD hat die Bundesregierung immer wieder mit grossem Ernst gebeten, die Westmächte zu veranlassen, an die Sowjetunion die entscheidende Frage zu richten, mit welchem militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands sie sich einverstanden erklären könnte. Diese Frage ist nie gestellt worden. Das ist bisher unbestritten. Allein Herr Kiesinger ist anderer Ansicht. Aus der Tatsache, dass Molotow auf das sowjetische System in der russischen Besatzungszone nicht verzichten will, schliesst er, dass darin die Antwort auf die gestellte Frage nach dem militärischen Status Gesamtdeutschlands enthalten sei. Das ist ein Trugschluss. Ob heute tatsächlich die sowjetische Forderung nach Beibehaltung des inneren Systems der Sowjetzone in einem wiedervereinigten Deutschland den Vorrang hat, wäre erst nach Beantwortung der Frage nach dem militärischen Status für ganz Deutschland zu klären.

Die Tätigkeit der westdeutschen Beobachter-Delegation in Genf hat sich darin erschöpft, die Deutschlandvorschläge der Westmächte jeweils gutzuheissen. Eine eigene Initiative, die erstarrten Verhandlungsfrenten in der Deutschlandfrage aufzuweichen, ist von offizieller westdeutscher Seite nicht entwickelt worden. Jede solche Erstarrung in der Deutschlandfrage auf internationaler Ebene wirkt sich aber unmittelbar auf die Bevölkerung der Sowjetzone aus. Es ist das Bestreben der sozialdemokratischen Vorschläge über eine Kontaktaufnahme in technischer Hinsicht und in einem sehr bestimmt ungrenzten Rahmen, das Los der Sowjetzonen-Bevölkerung zu mildern und das Gefühl der Zusammengehörigkeit beider Teile Deutschlands lebendig zu halten. Eine übergeordnete Institution, wie sich Kiesinger, vielleicht in Anspielung auf den vom Osten vorgeschlagenen Gesamtdeutschen Rat erwähnt, ist in den sozialdemokratischen Vorschlägen nicht vorgesehen. Es wird keine sogenannten gesamtdeutschen Gespräche geben. Die Notwendigkeit einer geschlossenen Abwehrfront gegen alle Bolschewisierungversuche wird von solchen Möglichkeiten, der Zone zu helfen, nicht berührt, und versteht sich von selbst. Es gibt in Deutschland keine Partei oder Organisation, die im Kampf mit dem Kommunismus so viel Erfahrung besitzt und so erfolgreich gewesen ist, wie die Sozialdemokratische Partei.

Alles das, was jetzt von Regierungsseite über den Misserfolg von Genf in der Deutschlandfrage und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen gesagt wird, entbehrt eines praktischen Hinweises darauf, wie unter diesen Umständen das Los der Zonenbevölkerung gemildert und eine Wiedervereinigungspolitik über den gegenwärtigen toten Punkt hinweggebracht werden kann. Sich mit dem Trost auf eine neue Konferenz zu begnügen, ist zu wenig. In diesem Augenblick besteht nach sozialdemokratischer Auffassung die grosse Gefahr, dass Resignation und Gleichgültigkeit den Willen zur möglichst baldigen Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands lähmen, der von niemanden stärker ausgehen sollte und auch nicht ausgehen kann, als von den Deutschen selbst.

Die sowjetische Nordeuropa-Politik

R.H., Stockholm

Vor wenigen Tagen ist Einar Gerhardsen, der Chef der norwegischen Arbeiterregierung, in Moskau von einer sowjetischen Regierungsdelegation mit Bulganin und Mikojan an der Spitze feierlich empfangen worden. Es ist noch nicht so lange her, dass Norwegen von der Sowjetpresse wegen seiner Zugehörigkeit zum Atlantikpakt beschimpft und verdächtigt worden ist. Dass Moskau nun den norwegischen Ministerpräsidenten zu einem Freundschaftsbesuch einlud, hat zweifellos seine tiefere Ursache.

Gerhardsen hatte schon vor seiner Abreise vier Aussprachepunkte genannt: den Abschluss eines dreijährigen Handelsabkommens, die Erschließung des norwegisch-sowjetischen Grenzflusses Pasvik, die Heimsendung norwegischer Staatsbürger aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern - es dürfte sich um etwa zwanzig Personen handeln - und die Förderung der kulturellen Beziehungen. Selbstverständlich sind diese Fragen zur Sprache gekommen und Gerhardsen braucht dank dem augenblicklichen politischen Klima aus Moskau nicht mit leeren Händen zurückzukehren. Aber keiner dieser Verhandlungspunkte hätte die russische Einladung motiviert.

Die wahren sowjetischen Beweggründe kamen erst bei den Aussprachen in Moskau zutage. Gerhardsen wurde nämlich - wie Pressemeldungen besagen - immer wieder bedeutet, dass der Atlantikpakt unnötig sei. Die Moskauer Machthaber sind nicht so naiv zu erwarten, dass Gerhardsen während eines zwölf-tägigen Freundschaftsbesuches umgestimmt werden könne. Aber sie wissen, dass in Gerhardsens eigener Partei, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Norwegens, weite Kreise die militärische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten nicht gern sehen, und Moskau versucht daher, durch Entgegenkommen bei den von Norwegen geäußerten Wünschen und durch Demonstrierung von Friedensabsichten während des Besuches diese Strömungen zu verstärken. Die sowjetische Zielsetzung liegt nahe: Norwegen und Dänemark sollen aus

dem Atlantikpakt herausgelöst werden. Skandinavien soll zum nördlichen Teil des vom Krenl angestrebten Neutralitätsgürtels in Europa gemacht werden.

Noch zu Stalins Zeiten widersetzte sich die Sowjetpolitik der Bildung des von Schweden und Dänemark angesprochenen Neutralitätsblockes in Nordeuropa. Finnland, dessen Zugehörigkeit zum nordeuropäischen Lebenskreis außer Frage steht, konnte damals wegen des Moskauer Mißtrauens nicht einmal dem Nordischen Rate beitreten, obwohl diese von den Parlamenten und Regierungen Dänemarks, Islands, Norwegens und Schwedens gebildete Institution nur eine Vertiefung der nordeuropäischen Zusammenarbeit anstrebt und keinerlei großpolitischen oder militärischen Zwecke verfolgt. Heute ist es ganz anders. Als Paasikivi, Finnlands Präsident, vor einigen Monaten in Moskau die sensationelle Rückgabe des russischen Pachtgebietes Porkkala an Finnland erwirken konnte, gab der Krenl gleichzeitig zu verstehen, dass er gegen Finnlands Beitritt zum Nordischen Rate nichts mehr einzuwenden habe und dieser Beitritt steht nun unmittelbar bevor.

Diese wohlberechnete Geste Moskaus hatte zweifellos Wirkungen auf die Stimmung in Skandinavien gegenüber der Sowjetunion. Gerhardssens Besuch scheint nun die zweite Phase in der neuen sowjetischen Politik gegenüber Nordeuropa zu sein. Der nächste Termin im Moskauer diplomatischen Fahrplan dürfte Schweden gelten, denn Ministerpräsident Tage Erlander ist mit seiner Familie zu einem selbstverständlich ganz privaten Osterbesuch in die Sowjetunion eingeladen worden. Über eine ähnliche Fühlungnahme Moskaus mit Dänemark ist bisher nichts bekannt geworden. Von den drei skandinavischen Ländern ist Dänemark zweifellos in der ungünstigsten Lage, denn die dänischen Inseln versperren der Sowjetunion den Zugang zum Weltmeer; sie sind nur schwer zu verteidigen und die dänischen Streitkräfte allein sind einer solchen Aufgabe nicht gewachsen. Solange Sowjettruppen an der Ostseeküste südlich der dänischen Inseln stehen, wird Dänemark seine Außenpolitik kaum ändern. Von entscheidender Bedeutung ist demnach für Dänemark - und damit auch für das Resultat der sowjetischen Bemühungen in ganz Nordeuropa -, wie sich die politischen Verhältnisse in Mitteleuropa gestalten werden.

* * *

Zorin und die Kaninchen

sp - Wir werden in wenigen Tagen wissen, ob die Bonner Kulisseninformation aus guten Quellen kam, die behauptete, dass die Bundesregierung das nun schon wochenlang vorliegende Ersuchen der Sowjetregierung um das Agreeent für den für Bonn vorgesehenen ersten sowjetischen Botschafter Valerian Alexandrowitsch Zorin erst nach dem Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz beantworten wollte. Immerhin besteht schon jetzt kein Zweifel mehr, dass dieser erste sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik Zorin heißen wird.

Die Tatsache, dass der Parteikarrierist und "Bolschewist reinsten Wassers" Zorin, einer der Stellvertreter Molotows, nach Bonn entsandt wird, hat in Westdeutschland einen höchst merkwürdigen Tatbestand ausgelöst. Mit Eifer haben die Kommentatoren bei der Durchleuchtung des politischen Werdegangs Zorins das Jahr 1948 aufgespießt, in dem er gerade zu jener Zeit sowjetischer Botschafter in Prag war, als die Kommunistische Partei putschte und aus der Benesch-Masaryk-Republik einen neuen Satellitenstaat Moskaus machte.

Dieser Valerian Alexandrowitsch Zorin gilt seither als der Umsturzspezialist des bolschewistischen Moskau, und in den Kommentaren vieler westdeutscher Zeitungen wird herungerätselt, ob dieser "Diplomat mit Säbel", wie ihn ein Sonntagsblatt getauft hat, nun etwa in die Bundesrepublik mit ähnlichen "bösen Absichten" kommen werde, mit denen er 1948 in die Tschechoslowakei geschickt worden sei. Das Sonntagsblatt betont, dass Zorin in dem Augenblick in die Bundesrepublik fahre, in dem es das erklärte Ziel der sowjetischen Politik sei, die "Segnungen der Sowjetzone" auch der Bundesrepublik zuteil werden zu lassen. Ob Zorin mit diesen Absichten Erfolg haben werde, hänge nicht nur von ihm, sondern auch von uns ab. Ein Zorin allein mache noch lange keinen Staatsstreich. Und wie das "Experiment Zorin" ausgehe, das würden wir erst wissen, wenn der Bonner Protokollchef zu ihm "do swidanje!" (auf Wiedersehen!) sagen werde.

Wenn sich dieser Bericht des Sonntagsblattes auch einigermaßen um eine vernünftige Darstellung bemüht, so ist aber auch er nicht frei von dem Gruselhafte, mit dem die gemutmaßte Tätigkeit des künftigen Sowjetbotschafters Zorin seit Wochen von manchen westdeutschen Kommentatoren

umhüllt wird. Aus dem Gesichtswinkel des Kaninchens starrt man gebannt auf die näherkriechende sowjetische Schlange und malt sich und dem bedauernswerten Leser die mit Zorin herannahende tödliche Gefahr einer die Bundesrepublik zerstörenden kommunistischen Umsturz-Infiltration an die Wand.

Ohne Zweifel ist die Etablierung einer sowjetischen Botschaft in Bonn und eines sowjetischen Konsularnetzes in Westdeutschland ein innenpolitisches Faktum, das besorgte Aufmerksamkeit verdient. Dass ein Sowjetbotschafter nach Bonn kommen und dass vom Augenblick seiner Ankunft in Bonn an die Gefahr der kommunistischen Infiltration akut werden wird, das hat man ja schließlich schon gewußt, als Adenauer dem Moskauer Verhandlungsergebnis zugestimmt hatte. Mit dieser Gefahr wird man aber nicht fertig, wenn man die eigene Widerstandskraft von Anfang an durchlöchert und dem Gegner die Chance eines möglichen Sieges im innerwestdeutschen Kalten Krieg geradezu aufdrängt. Zu dieser Schwächung der demokratischen Position gehören auch die Gründung christlicher Spaltergewerkschaften, die Kurzsichtigkeit der Unternehmer, sich die berechtigten Lohnerhöhungen immer erst abtrotzen zu lassen, die unentschuldbaren Versäumnisse der Bundesregierung und der Koalition in der Frage der Sozialreform und anderer dringender sozial- und wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten, die so überhastete und damit so schädliche Aufstellung der westdeutschen Streitkräfte, die oft so autokratischen Regierungsmethoden und das aus ihnen entstandene schlechte innerpolitische Klima.

Aus dem kaninchenhaften Schrecken, mit dem man der runnehr unverzei-lich gewordenen Konfrontation mit der sowjetisch-kommunistischen Wirklichkeit entgegensieht, die man jahrelang törichterweise verkannte, spricht das Eingeständnis der eigenen fehlerhaften Bewertung des sowjetischen Gegenspielers. Hätte man sich seit 1949 nicht in eine Außenpolitik verrannt, die in dem Zentralproblem der Wiedervereinigung ein Fiasko erlitten hat, hätte man sich mit einer auch nur einigermaßen vergleichbaren Energie der Lösung der lebenswichtigen innenpolitischen Probleme zugewandt, dann könnte man der Ankunft des Valerian Alexandrowitsch Zorin mit gefestigter Ruhe entgegensetzen.

Wenn man jetzt von der eigenen Zivilcourage verlassen wird, dann sollte man aber wenigstens aus diesem Schock die Konsequenzen ziehen. Wenn man dazu fähig ist, dann könnte dieser Schock sogar heilsam sein. Man kann sich dabei ruhig erinnern, dass es in Westdeutschland zwei demokratische Organisationen mit vielen Millionen von Mitgliedern und Anhängern gibt - die Gewerkschaften und die SPD -, die in besonderer Maße ihre Erfahrungen mit dem Kommunismus haben und aus diesen Erfahrungen und aus ihrer Geschichte heraus wissen, wofür man auch mit der kommunistischen Infiltration fertig wird.

* * *

Das erste "Bonner Gespräch"

"Zwei streitbare Elemente" präsentierte Diskussionsleiter MdB Kühn: die SPD-Landtagsabgeordnete Maria Meyer-Sevenich, eine Mitbegründerin der CDU und heute religiöse Sozialistin, und Pfarrer Dr. Klinkhammer, vor 1933 als "Ruarkaplan" bekanntgeworden und während der Nazizeit zwei Jahre wegen seines unerschrockenen Verhaltens inhaftiert. Nach dem Kriege wurde er durch seine Aktion gegen den Film "Die Sünderin" und durch die nachfolgenden Prozesse bekannt.

Das Thema "Kirche und Politik" und die beiden Referenten sorgten in dem ersten "Bonner Gespräch" dafür, dass in der unscheinbaren bundeshauptstädtischen "Brücke" die Diskutierfreudigen dicht gedrängt halb saßen, halb standen und über zwei Stunden aushielten.

Die "Gesellschaft zur politischen Bildung" (Das Bonner Gespräch), die mit einem umfassenden Programm die bisherigen Bestrebungen der seinerzeit geplanten "Sozialistischen Bildungsgemeinschaft" durchführen will, wird monatlich einmal Lebensfragen der Demokratie in Streitgesprächen und öffentlicher Diskussion behandeln.

Streitgespräch und Diskussion, die übrigens zu kurz kam und sich auf oft absseitige Einzelfragen beschränkte, bewegten sich innerhalb des katholischen Bereichs und wurden im Geiste der Toleranz geführt. Beifall aus den jeweiligen CDU- und SPD-Ecken löstex einander ab. Einige Sätze aus dem Streitgespräch:

Maria Meyer-Sevenich: "Die politische Aktivität der Kirche ist nirgendwo so stark wie in der Bundesrepublik. Die Kirche wird dadurch von ihrer echten Heilsfunktion abgelenkt. Die unerhörte Politisierung im kirchlichen Raum führt dazu, dass Pater Zeigers Satz, Deutschland sei wieder Missionsland, in Vergessenheit gerät. Wohin es führt, wenn die Kirche sich politisch festlegt, zeigt der Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe im Jahre 1938, der, ein Jahr nach der päpstlichen Enzyklika "In brennender Sorge" die Gläubigen Österreichs aufforderte, ihre Stimme Hitler zu geben."

Pfarrer Klinkhammer: "Die Kirche hat im Verlauf der Jahrhunderte sicherlich Fehler gemacht. Ein Geistlicher kann sich für seine Pfarrkinder nicht für eine bestimmte Partei festlegen. Bischof Sailer hat gesagt: "Jedes hat seine Stelle. Die christliche Kanzel sei nur der Lehre vom Ewigen geweiht." Die höchsten Lebenswerte sind die religiösen Werte, und die Kirche muß verlangen, dass sie in der Schule vermittelt werden. Auch die Geographie - wenn man z.B. an die Schöpfungsgeschichte denkt - gehört dazu. Die Toleranz als eines der ersten Menschenrechte muß gewahrt bleiben, und der Staat hat die Pflicht, diese Menschenrechte zu achten und Eingriffe von dritter Seite abzuwehren."

Maria Meyer-Sevenich verwahrte sich dagegen, dass z.B. eine Ehegesetzgebung aus katholischer Sicht nichtkatholischen Christen aufgezwungen werden solle. "Die Katholiken müssen eben von ihrer Lehre so überzeugt sein, dass sie sich nicht scheiden lassen, ohne den anderen ein Gesetz aufzwingen zu wollen." Zur Schulfrage: "Es ist unbegreiflich, dass die Kirche den letzten Zipfel alter Regelung, die konfessionelle Volksschule, so verteidigt. Die höhere Schule und Universität kann man nicht mehr konfessionalisieren. Entscheidend ist nicht die Gefährdung der I-Männchen, sondern der Jugend, die in die Kasernen ziehen muß. Es ist eine Verfälschung der Naturrechtslehre, wenn die Kirche staatliche Hilfe verlangt, um ihre eigenen Ziele zu erreichen."

Pfarrer Klinkhammer griff in seinen Ausführungen scharf die Kapitalisten aller Konfessionen an, die schuld seien an der sozialen Unordnung. Es sei zur Kapitalisierung gekommen, weil die Menschen die Lehre des Christentums nicht mehr ernst nahmen.

In der Diskussion wurden Fragen gestellt, die sich um die Probleme Schule, Ehe, Toleranz und Kirchensteuer bewegten. Die Teilnehmer nahmen kein Blatt vor den Mund. Es war eine offene Aussprache, eine Diskussion, die zeigte, dass trotz aller gegenteiligen Äußerungen der Mensch von heute einer echten "Erschütterung" noch fähig ist.

Im nächsten "Bonner Gespräch" im Dezember wird das Problem "Gewerkschaften - Interessenvertretung oder politische Kraft?" erörtert werden.

* * *

Th. Bl.

Verantwortlich: Peter Raunau